

pen, die das Überraschungsmoment nicht genügend hatten nutzen können, hatten sich nach zweiwöchigen Kämpfen wieder zurückgezogen.

Seitdem waren die beiden Eisenbahn-Grenzabschnitte geschlossen geblieben und auf beiden Seiten vermint worden.

Erst seit der Renormalisierung der beiderseitigen Beziehungen wurde dann auch die Wiedereröffnung der Bahn zu einem Gesprächsthema. Für die Wiederherstellung der Verbindung mußten viele Millionen Dollar auf beiden Seiten aufgewandt werden. (XNA, 15.2.96)

Eine Bahnreise von Beijing nach Hanoi dauert von jetzt an 58 Stunden. Bis Ho-Chi-Minh-Stadt kommen weitere 36 Stunden hinzu.

Nur wenige Tage vorher war auch an der chinesisch-laotischen Grenze ein weiterer Straßenübergangspunkt eröffnet worden, und zwar in Mohan, an dem es seit 1994 überdies auch bereits zu einem wachsenden Grenzhandelsaustausch gekommen war. (XNA, 3.2.96)

Auch zu *Birma* hin haben sich die chinesischen Grenzen weiter geöffnet; an einigen Streckenabschnitten arbeiten chinesische Pioniere, um auf diese Weise der chinesischen Seite auch einen Straßenzugang zum Golf von Bengalen zu sichern - eine aus indischer Sicht nicht gerade angenehme Perspektive! -we

*(5)

China und Südafrika

Anfang Februar nahm eine chinesische Delegation unter Leitung des Stellvertretenden Außenministers Ji Peiding an der im südafrikanischen Johannesburg abgehaltenen SADC-Konferenz teil. Die "Southern African Development Community" ist eine Zwölf-Staaten-Gemeinschaft, die seit 1982 besteht und der die Länder Botswana, Lesotho, Malawi, Mauritius, Mosambique, Namibia, Sambia, Südafrika, Swasiland, Tanzania und Zimbabwe angehören.

Ji betont, daß China mit den Mitgliedern der SADC von Anfang an eng zusammengearbeitet und - im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation - auch zahlreiche Projekte dort erstellt habe, u.a. Eisenbahnen, Straßen, Brücken, Krankenhäuser, Sportstätten sowie andere Infrastruktureinrichtungen, und daß es sich darüber hinaus am Bau von Textilfabriken, Textilschneidereien, Zechen,

Landwirtschaftsfarmen und Bewässerungssystemen beteiligt habe, sei es nun kommerziell oder durch Entwicklungshilfe. Der bilaterale Handelsaustausch zwischen China und den zwölf Mitgliedsländern habe sich 1994 auf rund 1,1 Mrd. US\$ belaufen, wobei China für 509 Mio. exportierte und für 629 Mio. von dort importierte. (XNA, 2.2.96) Beim SADC handele es sich um die "dynamischste und bekannteste subregionale Organisation in Afrika".

Was China allerdings immer wieder ärgert, ist die Tatsache, daß Südafrika sich bisher immer noch nicht hat entschließen können, mit Beijing diplomatische Beziehungen aufzunehmen, und daß es statt dessen immer noch an seinen traditionellen Beziehungen zu Tai bei festhält. -we-

*(6)

Die chinesische Regierung zeigt sich "schockiert" über die Terroristenanschläge in Israel

Bei einer Pressekonferenz am 26. Februar wies der Sprecher des Außenministeriums darauf hin, daß die chinesische Führung "entsetzt" gewesen sei über die terroristischen Anschläge der Hamas in Israel, denen mehrere Dutzend Menschen zum Opfer fielen. China trete "entschieden gegen den Terrorismus" ein. (XNA in SWB, 28.2.96)

Seit vielen Jahren hatte China die von Yassir Arafat angeführte PLO gegen Israel unterstützt; mittlerweile freilich bestehen auch diplomatische Beziehungen mit Israel. -we-

Innenpolitik

*(7)

Bewegung in der Provinzpolitik: neue Gouverneure und eigenwillige Volkskongresse

Anfang Februar sind die Gouverneure Guangdongs und Sichuans, zweier der politisch wichtigsten Provinzen Chinas, nach Erreichen der Altersgrenze von ihren Ämtern zurückgetreten. Die Neubesetzung der hochrangigen Positionen (Gouverneure besitzen Ministerrang) wurde von der Parteizentrale in Absprache mit den jeweiligen Provinzparteiführungen vorbereitet und von den Provinzvolkskongressen bestätigt.

Allerdings kam es zumindest im Falle Sichuans zu starken Reibereien zwischen der regionalen Parteiführung und dem Präsidium des Provinzvolkskongresses. Konflikte zwischen Parteikomitee, Regierung und Volkskongreßpräsidium auf Provinzebene sind in den neunziger Jahren keine Seltenheit: Die Volksvertretungsorgane lehnen sich gelegentlich offen gegen die Bevormundung und Manipulation von seiten übergeordneter Parteiorgane auf. In Personalabstimmungen wird diese Tendenz etwa jüngst im Falle Sichuans deutlich greifbar.

In Sichuan kam es Anfang dieses Jahres zu einem regelrechten Eklat: Anhalten der Zwist zwischen Provinzparteikomitee und Volkskongreßpräsidium im Hinblick auf die anstehenden personalpolitischen Fragen verzögerte die Eröffnung der Jahrestagung des Provinzvolkskongresses. Als trotz Vermittlungsversuchen der ZK-Organisationsabteilung und des ZK-Hauptbüros die Streitigkeiten nicht geschlichtet werden konnten, beordnete das ZK-Sekretariat die Partei-, Regierungs- und Volkskongreßspitze kurzfristig nach Beijing. Die Provinzfunktionäre sollen von Politbüro-Mitglied Qiao Shi scharf verwarnt und unter Druck gesetzt worden sein: "Wenn sich nicht einmal der Volkskongreß eröffnen läßt, wie soll man dann die Arbeit in einer Provinz gut leiten, die mehr als einhundert Millionen Einwohner hat?" (ZM, 1996/3, S.9)

Die nach den Beijinger Interventionen anberaumte Tagung des Provinzvolkskongresses verlief dennoch nicht ohne Überraschungen. Der neue gewählte Gouverneur Song Baorui mußte immerhin 18% Gegenstimmen und Enthaltungen in Kauf nehmen. Und bei der Wahl eines Vizegouverneurs setzten die Delegierten mit Li Dachang (Leiter der Provinzfinanzbehörde) einen Kandidaten durch, der nicht auf der parteioffiziellen Liste der Wahlvorschläge aufgetaucht war. Aus Protest gegen die Personalpolitik der Kongreßleitung blieben der Schlußveranstaltung des Provinzvolkskongresses darüber hinaus mehr als siebzig Delegierte (rund 9% der Gesamtzahl) fern.

Der neu berufene Gouverneur Song Baorui (Jg. 1937) wurde in Beijing geboren und ist ein Abgänger der Qinghua-Universität, aus der ein wachsender Teil der chinesischen Spitzenfunktionäre hervorgeht. Seit 1969 arbeitet Song in Sichuan, vornehmlich in der Wirtschaftsbürokratie. Ende 1989 wurde er zum stellvertretenden Provinzpartei-

ekretär ernannt und mit dem Schlüsselressort für Politik und Recht (Aufsicht über Sicherheits- und Justizapparat) betraut. Gegen seine Berufung zum Provinzgouverneur, die von Beijing betrieben wurde, gab es offenbar beträchtliche Bedenken und Widerstände. In den letzten Jahren hatten Provinzvolkskongresse verschiedentlich wegen eigenwilliger Personalentscheidungen von sich reden gemacht. (siehe C.a. 1994/3)

Im Vergleich zu Sichuan ging die Neubesetzung des Gouverneurspostens in Guangdong offenbar reibungslos vonstatten. Im Vorfeld der Gouverneurswahl hatten intensive Absprachen zwischen der Beijinger Parteizentrale und der Guangdonger Parteiführung stattgefunden. Darüber hinaus stammt der neue Gouverneur Lu Ruihua (Jg. 1938) aus Guangdong selbst und gilt als einer der Architekten der jüngsten wirtschaftspolitischen Erfolge der Provinz. Lu trat erst 1972 der Kommunistischen Partei bei, hat sich aber in wechselnden Funktionen als Fabrikdirektor und als Leiter diverser Wirtschaftsbehörden bewährt. Lu wurde 1991 zum Vizegouverneur von Guangdong berufen und mit Wirtschafts- und Handelsfragen betraut. 1992 stieg er zum Kandidaten des KP-Zentralkomitees auf.

Lu wurde mit 738 von 760 Stimmen im Provinzvolkskongreß gewählt, was auf eine breite politische Akzeptanz hinweist. Der scheidende Gouverneur Zhu Senlin hatte ihn als kompetenten und erfolgreichen Wirtschaftspolitiker empfohlen. Die vergangenen fünf Jahre mit einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von 19% wurden dem Volkskongreß als "Goldene Ära" in der Wirtschaftsgeschichte Guangdongs präsentiert. Die Provinzregierung sonnt sich in ihren wirtschaftspolitischen Erfolgen, die auch Rückenwind für den neuen Gouverneur bedeuten.

In ersten Stellungnahmen nach der Amtsübernahme hob Lu Ruihua hervor, daß die Provinz Guangdong sich entgegen ausländischer Spekulationen stets loyal gegenüber der Parteizentrale verhalten habe und daß der Aufbau eines "starken sozialistischen Landes" ein nationales Ziel darstelle. Lu bekräftigte auch, daß er die restriktive Finanzpolitik der Zentralregierung für korrekt halte und daß der Status der Sonderwirtschaftszonen von Beijing nicht in Frage gestellt werde. Für Guangdong sei die enge Zusammenarbeit mit Hongkong im Hinblick auf die Zeit nach 1997 eine Schlüsselaufgabe. Auch müsse das Ein-

kommensgefälle innerhalb der Provinz durch verstärkte politische und wirtschaftliche Anstrengungen gelindert werden. (SCMP, 10./ 11.2.96) -hei-

*(8)

Politischer Protest in der Inneren Mongolei: Die "Südmongolische demokratische Allianz"

Nach Informationen der amerikanischen Organisation Human Rights in China sowie der Hongkonger *South China Morning Post* ist es im Dezember 1995 in Hohhot (Hauptstadt der "Autonomen Region" Innere Mongolei) mehrfach zu Protesten im Zusammenhang mit Polizeimaßnahmen gegen eine politische Untergrundorganisation gekommen.

Eine Dissidentengruppe namens "Südmongolische demokratische Allianz" war Anfang Dezember nach Hausdurchsuchungen und gezielten Festnahmen von den örtlichen Behörden zerschlagen worden. 12 Personen, darunter mehrere Universitätslehrer und auch einige Behördenangestellte mongolischer Herkunft, wurden in Gewahrsam genommen. Ihnen wird vorgeworfen, eine "konterrevolutionäre", subversive Organisation gegründet zu haben, die sich die ethnische Spaltung der VR China (und dem Namen der Organisation nach zu schließen auch eine Demokratisierung) zum Ziel gesetzt habe. In der Inneren Mongolei sind heute nur noch zwischen 16 und 20% der Bevölkerung als Mongolen registriert; die Bevölkerungsmehrheit stellen Han-Chinesen.

Nach den Verhaftungen kam es am 16. und 30. Dezember zu Sympathiekundgebungen und kleineren Demonstrationen einiger Dutzend Studenten der Pädagogischen Hochschule Hohhots. Die Polizei löste die Kundgebungen offenbar noch auf dem Campusgelände auf. Mehrere Studenten wurden wegen ihrer Teilnahme an den Aktionen in Gewahrsam genommen, sollen aber nach Verhören und Verwarnungen in die Obhut der Hochschulbehörden entlassen worden sein. (SCMP, 2.2.1996) -hei-

*(9)

Spitzenfunktionär von Wachpolizist umgebracht - Umbesetzungen im Sicherheitsapparat

Li Peiyao, einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses, ist am 4. Februar in seiner Beijinger Wohnung umgebracht worden.

Li hatte einen Angehörigen der Bewaffneten Volkspolizei (BVP), der zum Wachpersonal des Wohnkomplexes für hohe Funktionäre gehörte, bei einem Diebstahl auf frischer Tat ertappt. Der Wachmann tötete daraufhin, offenbar aus Angst vor einer Anzeige, den 63-jährigen Li. Der Täter wurde auf der Flucht von anderen Sicherheitsbeamten gefaßt. Über die Bluttat hatte in ungewöhnlicher Offenheit sogar das chinesische Fernsehen berichtet. (XNA, 13./ 14.2.96; SCMP, 6.2.96)

Der Mord an Li Peiyao, der nicht der Kommunistischen Partei angehörte, sondern als Vorsitzender einer der "Einheitsfront"-Parteien vornehmlich beratende Funktionen wahrnahm, hat in der chinesischen Funktionärsschicht für beträchtliche Unruhe gesorgt. Der Wohnkomplex, in dem sich Li Peiyaos Appartement befand, liegt in Westbeijing nahe der Residenz des Ministerpräsidenten und gilt als gut bewacht. Die Sicherheitsvorkehrungen für Spitzenkader wurden nach dem Mordfall erheblich verstärkt.

Die Führung der paramilitärischen BVP, die für die Bewachung der Staatsführung und für die Bekämpfung innerer Unruhen zuständig ist, geriet durch den Vorfall unter massiven Druck. Auf Veranlassung der Zentralen Militärkommission und mit Billigung von ZK-Sekretariat und Staatsrat wurden zahlreiche Führungsmitglieder der Polizeikräfte ihres Amtes enthoben: Den Anfang machten der Kommandeur und der Politikommissar des für die Bewachung zuständigen BVP-Korps in Beijing sowie mehrere andere nachgeordnete Offiziere der in Beijing stationierten Einheiten. Mit einiger Verzögerung wurde schließlich sogar die nationale Führung der BVP in das Revirement einbezogen: Der BVP-Oberkommandierende, Generalleutnant Ba Zhongtan, und der ihm beigeordnete Politikommissar, Generalmajor Zhang Shutian, mußten ihre Positionen räumen.

Ba Zhongtan hatte, weil er erst vor wenigen Jahren aus Shanghai nach Beijing berufen worden war, als persönlicher Protegé Jiang Zemins gegolten; er wurde nun vorgeblich wegen Überschreitens der Altersgrenze (Ba wurde 66) zum Rücktritt bewegt. Jiang Zemins direkter Einfluß auf die Führung der Bewaffneten Volkspolizei ist damit geschwächt. Zhang Shutian kam wie Ba Zhongtan glimpflich davon; er übernahm den Posten eines stellvertretenden Politikommissars in der Militärregion Lanzhou.

Als Nachfolger wurden zwei profilierte VBA-Generalleutnants, Yang Guoping (bislang Vizepräsident der Nationalen Universität für Landesverteidigung) und Xu Yongqing (Politkommissar der Militärregion Lanzhou) benannt. Yang Guoping hat seinen Aufstieg der Förderung durch den Veteranengeneral Zhang Zhen zu verdanken, der zusammen mit Admiral Liu Huaqing als mächtigster Mann in der Armeeführung Chinas gilt. Mehrere Mitglieder der Zentralen Militärkommission machten deutlich, daß eine undisziplinierte und schlecht geschulte Bewaffnete Volkspolizei nicht die soziale Stabilität sicherstellen könne. Es sei deshalb erforderlich, hart durchzugreifen. (Xingdao Ribao, Hongkong, 22.2.96, nach SWB, 22.2.96) -hei-

*(10)

Verteidigungshaushalt wächst langsamer - Hinweise auf Grenzen der militärischen Modernisierung

1996 soll das offiziell ausgewiesene Verteidigungsbudget der Zentralregierung um 10,6% auf knapp 70 Mrd. Yuan RMB wachsen. Dies stellt den niedrigsten Zuwachs seit 1989 dar.

Zuwachs des offiziell ausgewiesenen Militärhaushalts

1990	15,2%
1991	12,0%
1992	12,0%
1993	13,5%
1994	20,0%
1995	14,6%
1996	10,6%

Nach offiziellen Angaben Beijings in einem Weißbuch zu Verteidigungsfragen vom November 1995 erreichten die Verteidigungsausgaben 1994 (rd. 55 Mrd. Yuan RMB) nur einen Anteil von 1,3% am Bruttoinlandsprodukt (zum Vergleich USA: 4,2%) beziehungsweise von 9,5% am Staatshaushalt (USA: 19,9%). Der Militärhaushalt ist diesen Angaben zufolge zwischen 1979 und 1994 zwar im Jahresdurchschnitt um 6,22% gewachsen; der Zuwachs sei jedoch hinter dem allgemeinen Wirtschaftswachstum (Jahresdurchschnitt im gleichen Zeitraum etwa 9%) zurückgeblieben.

In Wirklichkeit dürften die Militärausgaben um ein Mehrfaches höher liegen als offiziell angegeben: Aufwendungen

für militärische Forschung und Entwicklung, Subventionen für Unternehmen des Rüstungssektors sowie Unterhaltshilfen für Soldaten und ihre Familien sind in den Haushalten anderer Ressorts und auch von Provinzregierungen versteckt. Außerdem sind die Einnahmen, die das Militär aus seinen rund 20.000 Unternehmen und aus Rüstungsexporten bezieht, in den offiziellen Angaben nicht berücksichtigt. Bei diesen außerbudgetären Mitteln, die zum Teil in die militärische Modernisierung fließen, dürfte es sich um Beträge in zweistelliger Milliardenhöhe handeln.

Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat in einer kürzlich vorgelegten Studie *China's Arms Acquisitions from Abroad* (Autoren sind Bates Gill und Taeho Kim) eine sorgfältige Schätzung des tatsächlichen chinesischen Verteidigungshaushalts vorgenommen; die Autoren kommen auf ein Haushaltsvolumen von insgesamt zwischen 50 und 56 Mrd. US\$.

In der Studie wird jedoch nachdrücklich auf anhaltende Modernisierungshindernisse in Chinas Rüstungssektor hingewiesen:

- Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Rüstungssektor sind im internationalen Vergleich außerordentlich gering.
- Die Rüstungsproduktion wird durch verstärkte Konversionsbemühung und Marktorientierung der Firmenleitungen sowie durch die Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte in profitablere Wirtschaftszweige geschwächt.
- Aufgrund von finanziellen Engpässen und Exportbegrenzungen westlicher Industrieländer sind der Akquisition von militärischer Hochtechnologie enge Grenzen gesetzt.
- China bezieht inzwischen in beschränktem Maße fortgeschrittene Militärtechnologie aus Rußland und Israel; der Großteil der Militärtechnologie aber stagniert auf dem Stand der fünfziger und sechziger Jahre.

Die Studie kommt zu dem Schluß, daß trotz der Entwicklung "relativ fortschrittlicher Waffensysteme" im Bereich von Raketen- und Nukleartechnologie die militärische Modernisierung Chinas weiterhin mit grundsätzlichen Beschränkungen zu kämpfen habe. Eine Überschätzung des chinesischen Militärpotentials sei vor diesem Hintergrund nicht angebracht. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(11)

Staatliche Initiative zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse

Mit einer nationalen Konferenz über die Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse (*ke pu*), die vom 7.-9.2.1996 in Beijing stattfand, hat die politische Führung Chinas eine Initiative zur Verbreitung von Wissenschaft und Technik eingeleitet. Es handelte sich um die erste nationale Konferenz zu diesem Thema. Veranstalter waren die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik, die Propagandaabteilung des ZK der KPCh und die Chinesische Gesellschaft für Wissenschaft und Technik (vgl. RMRB, GMRB, 8. u. 10.2.96). Die Tagung war Ausdruck der großen Bedeutung, die Partei und Regierung der Verbreitung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse beimessen. China betrachtet das wissenschaftlich-technische Niveau einer Nation als entscheidend für Ansehen und Stellung in der Welt und geht davon aus, daß im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb im 21. Jahrhundert der wissenschaftlich-technische Entwicklungsstand eines Landes entscheidend sein wird. Wie Song Jian, Staatsrat und Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, bei der Eröffnung der Konferenz betonte, dient die Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse dem sozioökonomischen Fortschritt. Um aus China einen modernisierten starken Staat zu machen und im nächsten Jahrhundert im internationalen Wettbewerb zu bestehen, müsse zum einen eine größere Zahl von Wissenschaftlern ausgebildet und zum anderen das wissenschaftliche Niveau der Bevölkerung angehoben werden. Breite wissenschaftlich-technische Kenntnisse in der Bevölkerung bedeuten einen sicheren Weg zur Überwindung der Armut und Erlangung von Wohlstand. Song Jian zufolge wird die Verbreitung von Wissenschaft und Technik eine wichtige Aufgabe des 9. Fünfjahrplans und des Perspektivplans bis zum Jahre 2010 sein. (RMRB, 8.2.96)

Jiang Zemin, der am letzten Tag zu den Konferenzteilnehmern sprach, wies ebenfalls darauf hin, daß sich eine Nation im internationalen Wettbewerb nur behaupten könne, wenn sie ein hohes